

KOLUMNE

Fragen, die zu stellen wären

VON PROFESSOR MANFRED SPIEKER

Wenn ein Bischof öffentlich erklärt, dass eine Regierung das Gemeinwohl zu beachten und Schaden von Volk abzuwenden hat, entspricht das sicher der Lehre der Kirche. Jeder wird zustimmen. Wenn der Regierungschef und seine Partei aber zur gleichen Zeit rassistische oder religiöse Minderheiten als unerwünscht erklären und aus der Gesellschaft hinausdefinieren, geht von der korrekten Erklärung eine fatale Botschaft aus. Sie kann nur als Unterstützung der Regierung interpretiert werden. Wenn Bischöfe erklären, dass die Gläubigen sich gewissenhaft prüfen müssten, ob sie ihre moralischen Entscheidungen frei von subjektiver Überheblichkeit und voreiliger Besserwisserei vor Gottes Gericht verantworten können, ist das moraltheologisch ebenfalls korrekt.

Wenn aber der Papst zur gleichen Zeit in einer Enzyklika die chemische Kontrazeption als Verletzung eines ganzheitlichen ehelichen Geschlechtsaktes und der Sexualethik der Kirche widersprechend bezeichnet, ist die Botschaft der bischöflichen Erklärung ebenfalls eindeutig: Sie konterkariert die Enzyklika und signalisiert, jeder soll selbst entscheiden, was er verantworten kann.

Dass eine korrekte Aussage auf Grund des gesellschaftlichen, politischen oder kirchlichen Kontextes zu einer Botschaft irreführenden werden kann, das beobachtet die Welt zurzeit bei der Erklärung von Kardinal Meisner zur „Pille danach“ vom 31. Januar 2013.

Der Kern dieser Erklärung lautet: „Wenn nach einer Vergewaltigung ein Präparat, dessen Wirkprinzip die Verhinderung einer Zeugung ist, mit der Absicht eingesetzt wird, die Befruchtung zu verhindern, dann ist dies

aus meiner Sicht vertretbar. Wenn ein Präparat, dessen Wirkprinzip die Nidationshemmung ist, mit der Absicht eingesetzt wird, die Einnistung der bereits befruchteten Eizelle zu verhindern, ist das nach wie vor nicht vertretbar, weil damit der befruchteten Eizelle, der der Schutz der Menschenwürde zukommt, die Lebensgrundlage aktiv entzogen wird.“

Aus der Sicht der Moraltheologie ist die Aussage zweifellos korrekt. Was macht sie dennoch zur irreführenden Botschaft?

Gedroht, Kliniken vom Netz zu nehmen

Der gesellschaftliche und politische Kontext, in dem sie gehört und interpretiert wird und in dem das Verbrechen der Vergewaltigung ganz in den Hintergrund getreten ist. Im Vordergrund standen die Drohungen der nordrhein-westfälischen Gesundheitsministerin und mancher Abgeordneter, die katholischen Kliniken „vom Netz zu nehmen“ und als nicht weiter förderwürdige Einrichtungen zu brandmarken, weil sie nicht bereit seien, die „Pille danach“ jeder Frau auf Wunsch zu verschreiben, sowie die Forderungen auch katholischer Einrichtungen, diese Pille als Notfallkontrazeption zu akzeptieren.

Im Kontext dieser gesellschaftlichen und politischen Debatte erklärten der Bundesverband der Frauenärzte (BFV) und die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologische Endokrinologie und Fortpflanzungsmedizin (DGGEF) am 24. Januar, die „Pille danach“ sei ein Verhütungs- und kein Abtreibungsmittel. Dankbar wurde diese Mitteilung aufgegriffen – zwar nicht in der Erklärung des Kardinals, aber in der Erklärung zur Erklärung der erzbischöflichen Pressestelle, die darüber hinaus die Ärzte aufforderte, aus eigener wissenschaftlicher Einschätzung abzuwägen, „inwieweit bei einem Präparat eine nidationshemmende Wirkung besteht“.

Was steht in den Beipackzetteln?

Es war nicht schwer abzusehen, wie die beiden Kölner Erklärungen interpretiert würden: Der Katholische Krankenhausverband begrüßte, generalisierte und verfälschte sie sogleich. Kardinal Meisner habe den Stand der medizinischen Erkenntnis benannt und ihn positiv in die Wirklichkeit unserer Krankenhäuser eingeordnet.

Katholische CDU-Politikerinnen forderten wie Grüne, Linke und Sozialdemokraten die Rezeptfreiheit der „Pille danach“!

In einem Leitartikel der FAZ war von der Revolution der katholischen Sexualmoral die Rede, die nun unausweichlich sei, weil der Kardinal bei der Verschreibung der „Pille danach“ einen offenen und individuellen Abwägungsspielraum eröffnet habe, der Auswirkungen auf andere ethische Handlungsfelder haben müsse.

Welche Fragen werfen die beiden Kölner Erklärungen auf und was wäre dringend zu tun? Zu prüfen ist, welche Interessen hinter den beiden Verbänden BVF und DGGEF, ihren Sprechern und den Quellen, auf die sie sich stützen, stehen.

So geht es, wie leicht festzustellen ist, der schwedischen Studie von Kristina Gemzell, die der BFV und die DGGEF in der Pressemeldung „Notfallkontrazeption – ein Update“ vom 5. Februar 2013 zitieren, um die „Akzeptanz der Verwendung von Notfallkontrazeptiva“. Gemzell ist als Präsidentin der „Internationalen Vereinigung von Fachkräften zu Schwangerschaftsabbruch und Kontrazeption“ (FIAPAC) sicher ebenso interessengeleitet wie der Präsident der BVF Christian Albring, der in einem Interview zum Thema Spätabtreibungen in der Zeitschrift Lebensforum 1998 forderte,

„Schwangerschaftsabbrüche so früh wie möglich stattfinden zu lassen, damit wir nicht in die Konflikte kommen, ein lebend geborenes Kind abtöten zu müssen oder das Kind vor der Geburt töten zu müssen“.

Zu hinterfragen ist, was in den Beipackzetteln der beiden Präparate über ovulations- und nidationshemmende Wirkungen der „Pille danach“ steht. So heißt es in der französischen Fassung des Beipackzettels des Präparats **ellaone** 30mg, die Pille sei zu benutzen nach ungeschütztem Geschlechtsverkehr und im Falle des Versagens der Verhütungsmethode.

Letzteres kann nur bedeuten, dass sie auch nidationshemmend wirkt. Sicher scheint, dass BVF, DGGEF und die Autoren der Studien, auf die sie sich stützen, unter den Begriffen Empfängnis, Befruchtung und Abtreibung nicht das gleiche verstehen wie die, die behaupten, die nidationshemmende Wirkung der Pille danach sei nicht mehr der Stand der Wissenschaft.

Der Verdacht, dass es die Pille, deren Einnahme Kardinal Meisner im Falle der Vergewaltigung für vertretbar hält, gar nicht gibt, kann durch die bisherigen Quellen meines Erachtens nicht ausgeräumt werden.

Logischerweise ergibt sich aus diesen Fragen, was zu tun ist.

Die Kirche hat auf Untersuchungen zu bestehen, die weniger interessengeleitet sind, die ergebnisoffen begonnen werden, also das Kriterium wissenschaftlicher Objektivität erfüllen. Erst wenn solche Untersuchungen vorliegen, lassen sich für katholische Einrichtungen ethische Konsequenzen ziehen.

Manfred Spieker ist Professor für Christliche Sozialwissenschaften und lehrte bis 2008 an der Universität Osnabrück.